



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

**Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der  
Hohenzollern**

**Tümpel, Hermann**

**Bielefeld, 1909**

Die Revolutionszeit.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82523](#)

zum Landwehr-Bezirk Paderborn die Kreise Paderborn, Warburg, Höxter, Büren. Der Kreis Herford wurde 1893 zum Landwehr-Bezirk Detmold verlegt.

1816 begann man Minden als Festung auszubauen und zum Hauptwaffenplatz Westfalens zu machen; es wurde aber nach 1870 entfestigt. An die frühere Zeit erinnert jedoch, daß es noch heute eine starke Garnison hat: außer dem 15. Infanterie- regiment das 10. Pionierbataillon und die 2. Abteilung des Feldartillerieregimentes Nr. 58. Vorübergehend hat auch das 16. Infanterieregiment in Minden und Bielefeld gestanden.

### Die Revolutionszeit.

Ein lebhafteres politisches Interesse erwachte in Minden-Ravensberg wie anderwärts mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. und zwar wohl am meisten in Bielefeld.<sup>147)</sup> In Herford wird über eine gewisse Schläfrigkeit, über Mangel an geistigen Interessen geklagt, und auch Minden war als Festung und Sitz einer Regierung nicht der geeignete Boden zur Entwicklung regen politischen Lebens. Besonders eifrig war eine politisch und wirtschaftlich radikale Partei, für die der praktische Arzt Dr. Lüning in Rheda im Westfälischen Dampfboot 1845 ein eigenes Organ schuf. Vielleicht der bedeutendste Vertreter dieser Richtung in ganz Westfalen war der Bielefelder Rudolf Rempel,<sup>148)</sup> ein Mann von ungewöhnlicher agitatorischer Begabung, tatkräftig und rücksichtslos, ebenso beliebt bei seinen Anhängern als gehaßt bei seinen Gegnern. Viel Aufsehen machte im Jahre 1845 die sogen. Jenafeier am 14. Oktober, bei der man sich, wie ein Verteidiger sagte, gleichsam zur Vorfeier von Königs Geburtstag der durch die Schlacht bei Jena herbeigeführten Befreiung von den Teufeln mittelalterlicher Zustände erinnern wollte. Daß man aber, aus welchen Gründen immer, den Jahrestag der schlimmsten Niederlage Preußens festlich beginng, zeigte, welchen Grad die Verbitterung erreicht hatte. Das Ungeheure der Zustände trat auch grell zutage in einer Reihe von Konflikten zwischen dem gebildeten Bürgerstand und dem Offizierkorps des in Bielefeld garnisonierenden Füsilierbataillons des 15. Regimentes, die beinahe dazu geführt hätten, die Garnison zu verlegen.<sup>149)</sup> Die Herforder bemühten sich, sie in ihre Stadt zu ziehen und glaubten ihres Erfolges sicher zu sein, als das Bataillon am 4. Oktober 1847 bei ihnen einrückte. Aber wie sehr waren sie enttäuscht, als am folgenden Tag eine telegraphische Nachricht die Truppe nach Bielefeld zurückrief. Ein unangenehmer Streit entstand nunmehr über die Frage, ob der Rücktritt des Bielefelder Abgeordneten zum Vereinigten Landtag und des Stadtverordnetenvorstehers Johanning, der in jene Händel zwischen Militär und Zivil verwickelt worden war, zur Bedingung der Belassung der Garnison gemacht worden sei.

Nicht berührt von der durch die erwähnten Umstände hervorgerufenen Erregung verharrte unterdes die Masse namentlich der ländlichen Bevölkerung in altererbter Königstreue, hingeben allein den Sorgen des täglichen Lebens. Und schwer genug drückten diese damals. Waren es doch die Jahre, wo das Weber- und namentlich Spinnereiland seinen Höhepunkt erreichte. Spinnerei und Handweberei waren aber die Haupterwerbszweige im Ravensbergischen. Dazu mißriet 1846 und 1847 die Ernte. Furchtbar war trotz staatlicher und privater Hilfe die Not; die Bettelei nahm überhand, es wurden Drohungen gegen die Maschine und diejenigen, die den Maschinenbetrieb an Stelle der Handarbeit setzen wollten, laut, aber nirgends regte sich Widersetzung gegen die Behörde.

Da kamen die Nachrichten von der Februarrevolution in Paris, von ihrer Rückwirkung auf Deutschland und Preußen, vom Patent vom 18. März und von

den Kämpfen in Berlin. Nun brachen auch in Minden-Ravensberg Unruhen aus. Namentlich gärte es unter den Hauerlingen und kleinen Besitzern, die durch den Rückgang des Leinengewerbes in Not geraten waren oder sich über Gemeinheitsteilungen und hohe Mieten für Land und Wohnung beschwerten. Am schlimmsten ging es in Spenge zu. Hier erschien abends 10 Uhr am 22. März eine Rotte von 200 Menschen, beschädigte und plünderte die Wohnungen mehrerer Einwohner und wandte sich dann gegen die adeligen Güter Mühlensburg und Werburg. Politische Gründe lagen hier so wenig wie an anderen Orten vor, wo es auch zu Tumulten kam. In Gohfeld z. B. wurde das Pfarrhaus überfallen und der Pastor Hartmann mit dem Tode bedroht, wenn er — es war die Zeit der ersten Mäzigeitsbewegung — wieder gegen den Branntwein predigte.<sup>150)</sup> Anderwärts wurden die Amtmänner bedroht. Der Unfug verbreitete sich auch teilweise über die kleinen Städte, in den größeren kam es nur zu unbedeutenden Exzessen; so im Buchthaus zu Herford. In Minden begnügten sich die unteren Volksklassen mit Rattenmusiken. Der Regierung standen nur wenig Truppen zur Verfügung, diese durchzogen in mobilen Kolonnen das Land und nahmen Verhaftungen vor, so wurden aus Spenge zahlreiche Personen nach Herford geführt, darunter Weiber und Knaben, die meisten aber sofort entlassen. In Dornberg griffen die Kolonien den Tagelöhnnern gegenüber, die unter dem Versprechen späterer Abrechnung Korn verlangten, zur Selbsthilfe, warfen den Anführer in den Teich und lieferen ihn auf dem Sparenberg ab. Sonst hatten Bürgerwehr oder Sicherheitsvereine, die sich überall gebildet hatten, für Ordnung zu sorgen. Zu diesem Zweck wurden sie möglichst mit Waffen aus den Depots versehen, zum Teil hatten sie diese aber selbst zu beschaffen. Die Bewaffnung bestand nur zum Teil aus Gewehren, sonst aus Lanzen oder auch nur aus Knütteln. In Minden trat v. Pogrell an die Spitze, in Herford Gerichtsdirektor Beckhans, in Bielefeld Kaufmann Johanning, in Spenge Pastor Weihe. So groß der Eifer anfangs war — in Herford musste das Lehrerkollegium die Schießübungen der Gymnasiasten regeln und auf die zwei obersten Klassen einschränken — bald erkaltete er, und Ordnung und Einigkeit ließen viel zu wünschen übrig.<sup>151)</sup> Wenn auch die bloße Existenz dieser Wehren manchen Unfug verhindert haben mag, so war es doch gut, daß sie auf keine ernsthafte Probe gestellt wurden, sonst wäre es wohl so gegangen wie Mai 1848 in Werther, wo bei einem Tumult die meisten Mannschaften zu Hause blieben und die wenigen erschienenen Wehrmänner von den Tumultanten auseinandergesprengt wurden. Nachdem aber die oben geschilderten ersten Ausbrüche erfolgt waren, kam es nicht wieder zu größeren Ausschreitungen. Auch die Einberufung der Landwehr im Mai 1849, die anderwärts in Westfalen zu offenem Aufruhr führte, vollzog sich in unserer Gegend ohne



Rudolf Nempp. Nach einer Photographie.

Störung. Ebenso wenig kam man dem Beschuß der Steuerverweigerung durch die Berliner Nationalversammlung nach, wenn ihm auch hie und da das Wort geredet wurde, vielmehr erklärte sich mancher bereit, die Steuer vorauszubezahlen.

Bließ äußerlich im großen und ganzen die Ordnung gewahrt, so wirbelten um so heftiger die Meinungen durcheinander. Es gab genug Leute, die der neuen Erscheinung mit größter Sorge gegenüberstanden, sie kamen aber zunächst nicht zu Wort, laut begrüßte man vielmehr die Ereignisse als Beginn eines neuen Zeitalters und gab sich den kühnsten Hoffnungen hin; es hat etwas Rührendes, zu sehen, wie man in den Märzerrungenshaften ein Allheilmittel erblickte. Selbst maßvolle Männer feierten die Märzgefallenen als Helden, die um die Sache des Vaterlandes gestorben waren: unter diesem Titel wurde für sie in der Neustädter Kirche zu Bielefeld am 25. März eine Totenfeier mit Chorälen veranstaltet<sup>152)</sup>. Worin freilich der neue Zustand bestehen sollte, darüber herrschte die größte Unklarheit. Es bildeten sich Vereine, die Gemäßigteren fanden sich in konstitutionellen Klubs zusammen, die Radikalen gründeten demokratische Vereine, besonders in Bielefeld, das zum demokratischen Kreishauptort für ganz Westfalen erhoben wurde. Die Fortgeschrittenen suchten sich auch die sogen. Bildungsvereine botmäßig zu machen. Aber auch wo die gleichen Parteinamen gebraucht wurden, deckten sie keineswegs immer dieselben Bestrebungen. Als die Kaiserdeputation 1849 auf dem Weg nach Berlin auch in Minden-Ravensberg feierlich empfangen wurde, war in Minden auch der Demokratische Verein zugegen, aber der demokratische „Volksfreund“ hatte für die schwarz-rot-goldene Affenkomödie nur Spott und Hohn. Und im Bielefelder Konstitutionellen Verein fanden sich Männer so verschiedener Richtung zusammen, daß ein einheitliches und entschlossenes politisches Handeln unmöglich war und schon Anfang 1849 keine Sitzung mehr zustande kam.<sup>153)</sup> Der Demokratische Verein der gleichen Stadt war in sich geschlossener, was die Persönlichkeit seines Leiters Rempel bewirkte. Die beiden Vereine lagen in heftigster Fehde miteinander.

Außerordentlich belebend wirkte die Bewegung auf die Presse. Es entstanden neue Blätter und die vorhandenen bekamen eigentlich erst jetzt einen politischen Charakter.<sup>154)</sup> In Bielefeld öffneten die Öffentlichen Anzeigen den Worführern der verschiedenen Parteien ihre Spalten. Aber im Ravensbergischen Volksblatt, das ihnen 1848—1849 beigegeben wurde, vertrat Professor Jüngst mit Wärme und Geschick den konstitutionellen Standpunkt. Rempel begründete dort den Volksfreund mit dem Motto: „Freiheit, Wohlstand, Bildung für Alle“ als Wochenschrift für Westfalen. Zweiter und zuletzt einziger Redakteur wurde Wolff. Ideal des Volksfreundes war die soziale Republik, seine Sprache war von einer heute unerhörten Zügellosigkeit, die dem Redakteur Wolff mehrfach Bestrafung zuzog. In Herford gelangte Professor Kindermann schließlich von maßvoller Aufängen zu der Alternative: „Kosakisch oder republikanisch, von einem Mittelweg kam nicht mehr die Rede sein“. So äußerte er sich 1851 im Hahn, einer Zeitung, die aus dem von Oberlehrer Quidde redigierten radikalen Boten für Stadt und Land entstanden war und deren eigenständiges Schicksal wir weiter unten verfolgen wollen. Anfänglich hatte Kindermann seine Ansichten im Westfälischen Volksblatt verfochten, das aber schon März 1849 eine ganz andere Färbung bekam und unter der Redaktion des Gymnasiallehrers Göcker der Revolution scharf entgegnetrat. Für die konstitutionellen Ideen trat das erst von Dr. Hölscher, dann von Professor Werther redigierte Kreisblatt (gegründet 1846) ein. In Minden wollte das Sonntagsblatt unbedingt konstitutionell sein, indes der Konstitutionelle Verein behauptete mit mehr Recht, daß es keine bestimmte Farbe habe, und dachte an Gründung eines eigenen Organs. Bei Eßmann erschien

ein radikales Blatt. Charakteristisch für die Presse jener Tage sind die zahlreichen persönlichen Angriffe, die aus dem Publikum heraus vielfach anonym erfolgten.

Eine Errungenschaft der Märztagen waren die Volksversammlungen. In Herford wurde die erste am 16. April unter freiem Himmel gehalten. Ein Berichterstatter war höchst befriedigt und fühlte sich um zehn Jahre verjüngt, ein anderer beklagte die vollständige Ergebnislosigkeit. In Minden ging man anfänglich scharf ins Zeug und hielt regelmäßige wöchentliche Volksversammlungen. Aber bald nach den Wahlen zog sich die „stabile“ Partei zurück, und die Teilnahme wurde so gering, daß sie nicht in der bisherigen Weise fortgesetzt werden konnten. In Bielefeld wollten die Konstitutionellen von Volksversammlungen nichts wissen, die Demokraten hielten eine solche z. B. in Brackwede am 22. Oktober 1848 ab. Sie soll von 2500, nach anderer Nachricht von 500 Personen besucht worden sein. Man hatte Unruhen erwartet, diese blieben aber aus. Beschlossen wurde eine Adresse, in der man der Frankfurter Nationalversammlung sein Misstrauen aussprach und den Bielefelder Abgeordneten aufforderte, sein Mandat niederzulegen.

Zahlreich und der mannigfachsten Tendenz waren überhaupt die Adressen und Petitionen, die verfaßt wurden. So forderte der Bielefelder Konstitutionelle Verein am 18. September 1848 das Staatsministerium auf, die Nationalversammlung in eine andere Stadt zu verlegen, weil sie sich in Berlin im Zustande der Unfreiheit befände, und am 2. November erließ er im Gegensatz zu dem obigen Beschuß der Demokraten eine Vertrauensadresse nach Frankfurt. In Herford verfaßten die Presbyter eine Eingabe an die Nationalversammlung gegen die Befreiung der Schule von kirchlicher Aufsicht, eine Anzahl Einwohner aus Lübbecke aber empfahl eine Petition an das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten allen denen zur Nachfolge, welche geistige und geistliche Knechtschaft hassen. Es kam auch vor, daß eine solche Adresse persönlich überreicht wurde. So erschien in Berlin am 29. Juni 1848 aus Rheinland und Westfalen eine Anzahl Deputierter mit einem Antrag, nötigenfalls auch gegen innere Feinde das Heer zu verwenden. Unterzeichnet hatten u. a. Einwohner aus Blotho, Herford, Enger.

Ebenso mannigfach und einander entgegengesetzt waren die Zwecke der Sammlungen, die zahlreich veranstaltet wurden. Im Herforder Kreisblatt finden sich Quittungen von Geldern für die Hinterbliebenen der Märzgefallenen, für die z. B. die Oberteria des Gymnasiums in Herford 2 Thlr. spendete, und später solche für die Berliner Besatzung, die während des strengen Dienstes im Winter 1848/49 erfrischt werden sollte. Bei den 392 Thlr. dagegen, die am 1. April 1848 aus Minden nach Berlin geschickt wurden, war bestimmt worden, sie wären für die Verwundeten, Witwen und Waisen aus den Märztagen unter gleichmäßiger Be rücksichtigung sowohl des Zivils als Militärs zu verwenden.

Oft besuchten die Führer Parteikongresse. In Bielefeld wurde ein solcher seitens der ultra-demokratischen Partei am 10. und 11. September 1848 abgehalten. Rempel und Referendar Banski aus Bielefeld nahmen an dem Kongreß am 18. und 19. November 1848 in Münster teil, der sich auf den Standpunkt der Nationalversammlung stellte und also auch die Steuerverweigerung gut hieß. Dafür wurden sie angeklagt, sie entzogen sich aber der Verhaftung durch die Flucht. Beide kehrten 1849 mit einem Geleitsbrief zurück. Eine gerichtliche Bestrafung scheint nicht erfolgt zu sein. Dagegen wurde ihr Landsmann und Gefinnungsgenosse, Bierbrauer Nasse, wegen „entfernten Versuches zur tatsächlichen Widerseglichkeit“ vom Herforder Schwurgericht mit 6 Wochen Gefängnis bestraft. Schlimmer kam Eisenbahnoffiziant Seher aus Minden weg, der den Freischaren in Baden 1849 zu Hilfe

geeilt und dabei in Gefangenschaft geraten war; er wurde von demselben Gerichtshofe für schuldig befunden und erhielt 6 Jahre.

Überblickt man diese mannigfachen Äußerungen der öffentlichen Meinung, so könnte man wohl zu der Ansicht kommen, daß die Männer, die in schärferer oder gemäßigterer Weise die Ideen von 1848 vertraten, bedeutend in der Mehrheit waren. Sie mochten das auch selbst meinen, aber wie enttäuscht waren sie durch die Wahlen! Deutlich sieht man, wie ungewohnt die Sache der Bevölkerung war. Vielfach war sie ganz ratlos. In Herford wurde in den ersten Volksversammlungen der vernünftige Vorschlag gemacht, ein Wahlkomitee zu bilden, aber abgelehnt. Ebenso wenig wollte man von Zusammenkünften der Urwähler der einzelnen Wahlbezirke wissen; man fürchtete, darunter würde die freie Überzeugung jedes Urwählers leiden. Natürlich bemühten sich nun doch die politischen Vereine, die Wähler in ihrem Sinn zu lenken, und ebenso machten viele einzelne mit Namensunterschrift oder anonym ihre Vorschläge in der Presse oder suchten persönlich ihre Mitbürger zu beeinflussen. Und das Ergebnis? Für Bielefeld sprach es Jüngst mit bezeichnenden Worten aus: „Es haben immer nur zwei Parteien im Vordergrund gestanden, die konstitutionelle und die radikale, sie haben beide um den Sieg im Wahlkampf gerungen, und nun geht plötzlich eine dritte Partei, die konservative des alten Stils, mit der Siegesbeute davon“.<sup>155)</sup> Die Wahlmänner der Stadt, heißt es in demselben Blatt, hielten bei beiden Wahlen an liberalen Wahlmännern fest, wurden aber durch die Landgemeinden überstimmt, die sich dem Einfluß einiger Geistlichen hingaben. Im Herforder Kreisblatt wird Pastor Volkening in Töllenbeck für die Wahl Schreibers ins Frankfurter Parlament verantwortlich gemacht. Ebenso wird in Minden neben dem Einfluß der burokratischen Amtsmänner der der Geistlichkeit hervorgehoben und prophezeit, daß sich dieser bei den nächsten Urwahlen noch mehr geltend machen wird.

Wir treffen also auf die Verquickung von Politik und Religion, die überhaupt für das politische Leben Preußens und insbesondere unserer Gegend charakteristisch und verhängnisvoll ist. Nach vulgärer Ansicht muß konservative oder liberale Gesinnung im Staat und in der Kirche Hand in Hand gehen. Der obengenannte Jüngst gab dieser Ansicht wieder klaren Ausdruck: „Wer dem strenggläubigen System angehört, das unter Eichhorn siegreich war zum Verderben für die Wohlfahrt Preußens, kann nicht freiinnig in politischer Beziehung sein, er muß — wenn er sich selbst treu bleibt — dem früher bestandenen Zustande anhangen.“<sup>156)</sup> Während Jüngst, selbst religiös freiinnig, einen hohen Wert auf Religion legte, so ging die radikale Presse weiter. Der Volksfreund ist ein bezeichnendes Beispiel. Er schrieb u. a.: der Pietismus, d. h. die Macht des Pfaffentums, sei die gewaltigste aller reaktionären Mächte, deshalb müsse es gestürzt werden. Besonders die Missionsfeste waren ihm ein Dorn im Auge. Aber nicht nur eine bestimmte Richtung in der Kirche, sondern das Christentum selbst und jede positive Religion ward bekämpft. Kindermanns Standpunkt wird dadurch gekennzeichnet, daß er für die von Pastor Schrader in Holzhausen in der Porta gegründete freie Gemeinde Partei nahm und mit Beziehung auf das neuerrichtete christliche Gymnasium gegen die „Irrenanstalt in Gütersloh“ wetterte. Nun müssen wir uns vergegenwärtigen, welche religiöse Bewegung gerade damals durch Minden-Ravensberg ging, um begreiflich zu finden, daß die von ihr ergriffenen Geistlichen den Ideen von 1848 nicht gewogen waren. Sie konnten nicht wünschen, daß dem König, der ihnen religiös so nahe stand, die Macht geshmälerzt würde. Die Stimmung der ländlichen Bevölkerung kam ihnen auf halbem Wege entgegen, und so erklärt sich der

geschilderte Ausfall der Wahlen. So erklärt es sich auch, daß mehrfach Geistliche und zwar solche der strengen Richtung (Huchzermeier-Schildecke,<sup>157)</sup> Ameler in Herford) als Abgeordnete erscheinen. Überhaupt hat Minden-Ravensberg in jenen Jahren keinen einzigen radikalen Vertreter gehabt. Ziegert-Minden, Abgeordneter in Frankfurt, der ob seiner freisinnigen Haltung wiederholt aus seinem Wahlkreis Aufschüttungen zu erfahren hatte, gehörte doch nicht zur eigentlichen Linken. Nachdem er zunächst die am 14. Mai für die preußischen Abgeordneten erlassene Abberufungsordre für nicht bindend erklärt hatte, schied er doch infolge der am 26. d. Mts. gefassten Beschlüsse freiwillig aus der Versammlung aus. Und Schulze, stellvertretender Abgeordneter Mindens in der Berliner Nationalversammlung, widersegte sich zwar anfangs (am 9. Mai 1848) der Verlegung und Vertagung derselben und trennte sich so von den Abgeordneten Gellern und Krüger, mit denen er bis dahin in allen Hauptpunkten einig gewesen war, fand sich dann aber mit ihnen wieder zusammen, indem er nach Wiedereröffnung der Versammlung in Brandenburg dort erschien.<sup>158)</sup> Andererseits reichte der Einfluß der geistlichen Führer nicht so weit, daß sie die Heizsporne und Häupter der Gegenrevolution durchbrachten: Leo, Kleist-Rezow und Stahl wurden von den Wählern zurückgewiesen. Und als bei den ersten Klassenzwahlen 1849 die Demokraten wegen Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts nicht mitwählten und deshalb auch im Haus nicht vertreten waren, gehörten die Vertreter von Herford-Halle-Bielefeld zur Linken oder zur Mittelpartei (damals Zentrum genannt) und nur die von Minden zur Rechten. Bei diesen Wahlen, bei denen für die erste Kammer 1850 und für das Erfurter Volkshaus machte sich übrigens schon Wahlmüdigkeit bemerkbar. Mit ihren Wählern setzten sich die Abgeordneten persönlich oder durch Berichte über ihre Tätigkeit in Verbindung, die sie in den Zeitungen veröffentlichten. Besonders fleißig war der Abgeordnete Ziegert, der nicht weniger als 40 eingehende Berichte im Mindener Sonntagsblatt veröffentlichte. Begreiflicherweise bemühten sie sich auch um die Sonderinteressen ihres Wahlkreises. So befürwortete Herr v. Borries die Verlegung des Landgerichts nach Herford, vor allem aber beschäftigte die Abgeordneten unserer Gegend nicht ohne Erfolg Spinner- und Webernot.

Es wird interessieren, wie damals die Wahlbezirke waren.<sup>159)</sup> Für die Frankfurter Nationalversammlung wurden deren vier gebildet. Der erste umfaßte den ganzen Kreis Minden und aus dem Kreis Herford die Ämter Blotho und Gohfeld, der zweite den ganzen Kreis Lübbecke und aus dem Kreis Herford die Ämter Mennighüffen, Hiddenhausen, Bünde und Rödinghausen, der dritte aus dem Kreis Herford die Stadt Herford sowie die Ämter Herford, Enger, Spenge und aus dem Kreis Bielefeld die Stadt Bielefeld und die Ämter Schildecke, Heepen, Töllenbeck und Brackwede, der vierte den ganzen Kreis Halle, aus dem Kreis Bielefeld die Ämter Dornberg und Isselhorst und den Kreis Wiedenbrück außer dem Amt Verl. Für das Erfurter Volkshaus wählten zusammen im 1. Wahlbezirk die Kreise Minden und Lübbecke mit Ausnahme zweier Ämter, im 2. der Kreis Herford, die Ämter Rehme und Schnathorst und vom Kreis Bielefeld die Ämter Töllenbeck, Schildecke, Heepen und Dornberg, im 3. die Kreise Wiedenbrück und Halle und vom Kreis Bielefeld die Stadt Bielefeld und die Ämter Brackwede und Isselhorst, schließlich das Paderborner Amt Delbrück. Für die Wahlen zur 1. Kammer wurde aus Minden-Ravensberg und einem Teil des Kreises Wiedenbrück ein einziger Wahlkreis gebildet. In die Berliner Nationalversammlung entsandte jeder der Kreise Minden, Lübbecke, Herford, Bielefeld, Halle seinen Vertreter. Für die 2. Kammer (vom Jahr 1856 an gemäß dem Gesetz von 1855) Haus der Abgeordneten ge-

nannt) wurden die Wahlkreise gesetzlich erst 1860 festgelegt, so daß von damals an in der heutigen Weise Minden-Lübbecke (Minden 1) und Herford-Halle-Bielefeld (Minden 2) zusammenstimmen. Vorher wurden sie von den Bezirksregierungen vor Beginn jeder Legislaturperiode neu gebildet. Es wählten 1849—1855 die größeren nördlichen Teile von Minden und Lübbecke 2 Abgeordnete, Herford und die kleineren südlichen Teile von Minden-Lübbecke zwei Abgeordnete, Halle und Bielefeld mit dem nördlichen Teil von Wiedenbrück 2 Abgeordnete, 1855—1861 Minden mit dem einen Teil von Herford 2 Abgeordnete, Lübbecke mit dem anderen Teil von Herford 2 Abgeordnete, Halle und Bielefeld mit Wiedenbrück 3 Abgeordnete.

### Die Reaktion.

Die Reaktion machte sich zunächst bei der Presse geltend, die durch die provisorische Preszverordnung vom 5. Juni 1850 und das Westphälische Preszgesetz von 1851 in die Hand der Regierung gegeben worden war. Gerichtet waren Verordnung und Gesetz vor allem gegen die kleineren demokratischen Blätter, und in der Tat fielen ihr sowohl Volksfreund als Hahn zum Opfer. Der Volksfreund erschien seit 1. Jan. 1849 nicht mehr in Bielefeld, sondern in Lemgo, also im Auslande. Als ausländisches Blatt konnte er aber nach jener Verfügung verboten werden, und das geschah schon am 28. Juni 1850. Da er nun aus Preußen seine Lebenskraft gesogen hatte, ging er sofort ein. Interessant ist der Kampf, den der Hahn um seine Existenz führte. Um der Kautionspflicht zu entgehen, der alle monatlich oder in kleineren Zwischenräumen erscheinenden Blätter unterlagen, gab Kindermann 7 Blätter unter verschiedenen Titeln (Hahn, Hechel usw.) heraus, von denen jedes nur alle 6 Wochen erschien. Aber das Appellationsgericht zu Paderborn erachtete diese 7 Blätter 1851 für ein Blatt und nahm Kindermann in eine Strafe von 60 Rtlr. Das Geheime Obertribunal bestätigte dies Urteil. Kindermann ließ nun wieder wöchentlich nur ein Blatt erscheinen (Der Hahn für Stadt und Land), aber im Ausland, in Lemgo. Eine von der Mindener Regierung befohlene Beschlagnahme wurde durch das Kreisgericht zu Herford wieder aufgehoben. Auch eine 1852 gegen Kindermann erhobene Anklage blieb erfolglos. Nun ging aber die Polizei gegen die Boten, Abonnenten und Wirte, die das Blatt auslegten, mit Drohungen und Verboten vor, und dadurch ließ sich eine Anzahl Abonnenten beeinflussen. Da ließ Kindermann an die Stelle des Hahns zunächst wieder den Leuchtturm treten. Weil aber ein neues preußisches Gesetz erschien, das alle Blätter, die Anzeigen gegen Entgelt aufnahmen, einer Stempelsteuer unterwarf, so gab er seit Juli d. J. statt des Leuchtturms einen Allgemeinen Anzeiger heraus, der sämtliche Anzeigen gratis brachte, und legte diesem Flugschriften bei, die seine Ideen vertraten; dabei erlaubte er sich den Scherz, als Verfasser derselben bekannte Persönlichkeiten der angefeindeten Partei (z. B. Wolkenberg) anzugeben. Da aber griff der Fürst von Lippe ein und verbot im September 1852 dem Verleger den weiteren Druck des Anzeigers. Ob der Anzeiger nunmehr, wie der Redakteur in Aussicht stellte, nach Waldeck oder Hannover auswanderte, können wir nicht sagen. In Minden versuchte sich Eßmann der Kautions auf dieselbe Weise zu entziehen wie Kindermann, hatte aber ebensowenig Glück.

Durch die neuen Preszbestimmungen wurden aber nicht nur die radikalen Zeitungen betroffen. Da der Verleger des Herforder Kreisblattes die für politische Blätter vorgeschriebene Kautionssumme nicht erlegen konnte, so mußte er sich von nun an aller Politik enthalten, und dies ist wohl der Grund, warum bald darauf